

Absender
<Name und Anschrift der Pflegekasse>

Anlage der Verfahrensbeschreibung

[
<Name und Anschrift
des zuständigen
Rentenversicherungsträgers>
]

Datum
<TT,MM,JJ>

Rentenversicherungspflicht nicht erwerbsmäßig tätiger Pflegepersonen nach § 3 Satz 1 Nr. 1a SGB VI;
hier: Ablehnung/Minderung der Beitragszahlung
<Name, Anschrift und Versicherungsnummer der Pflegeperson>

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die oben aufgeführte Pflegeperson

- ☐ lehnen wir eine Beitragszahlung bzw. eine Änderung der Höhe der Beitragszahlung zur Rentenversicherung ab.
- ☐ ist die Einstellung oder Minderung der Beitragszahlung durch den Rentenversicherungsträger zu veranlassen, da die Versicherungspflicht bei Aufnahme der Beitragszahlung vom Rentenversicherungsträger festgestellt wurde.

Unter Hinweis auf Ziffern 4 bis 6 der Verfahrensbeschreibung des GKV-Spitzenverbandes, der Deutschen Rentenversicherung Bund und des Verbandes der privaten Krankenversicherung e. V. vom 28.10.2009 bitten wir Sie, über die Versicherungspflicht/Beitragsgröße abschließend zu entscheiden.

Gründe für die Ablehnung bzw. Änderung der Beitragszahlung für die Zeit ab/vom <TT,MM,JJ> bis <TT,MM,JJ> sind:

- ☐ Der durch die Pflegeperson ausgeübte Umfang der Pflegetätigkeit liegt unter 14 Stunden in der Woche (§ 19 Satz 2 SGB XI).
- ☐ Die Leistung kann wegen unterbliebener bzw. verspäteter Antragstellung des Pflegebedürftigen nicht oder erst zu einem späteren Zeitpunkt erbracht werden (§ 33 SGB XI).
- ☐ Es besteht kein Anspruch des Pflegebedürftigen auf die Leistungen aus der Pflegeversicherung, weil
 - ☐ keine Pflegebedürftigkeit vorliegt (§ 14 SGB XI),
 - ☐ keine Mitgliedschaft in der Pflegeversicherung besteht (§§ 20 ff. SGB XI),
 - ☐ keine ausreichenden Vorversicherungszeiten nachgewiesen sind (§ 33 Abs. 2 Satz 1 Nr. 5, Sätze 2 und 3 SGB XI).
- ☐ Es kann keine höhere Pflegestufe bewilligt werden (§ 15 SGB XI).
- ☐ Es kann kein höherer Pflegeaufwand als der vom MDK im Rahmen einer Prüfung nach § 18 SGB XI ermittelte Pflegeaufwand berücksichtigt werden.
- ☐ Die Voraussetzungen für die Versicherungspflicht liegen aufgrund einer neben der nicht erwerbsmäßigen Pflegetätigkeit regelmäßig an mehr als 30 Stunden wöchentlich ausgeübten Beschäftigung bzw. selbständigen Tätigkeit nach § 3 Satz 3 SGB VI nicht vor.
- ☐ Es besteht keine Versicherungspflicht nach § 3 Satz 1 Nr. 1a SGB VI, weil eine Unterbrechung der Pflegetätigkeit (z. B. Krankheit) vorliegt und in diesem Zusammenhang die Zahlung von Beiträgen gefordert wird.
- ☐ Es besteht Versicherungsfreiheit wegen einer geringfügigen nicht erwerbsmäßigen Pflegetätigkeit nach § 5 Abs. 2 Satz 1 Nr. 3 in Verb. mit Satz 4 SGB VI.
- ☐ Es besteht Versicherungsfreiheit nach § 5 Abs. 4 SGB VI.
- ☐ Es geht um den Umfang der Beitragsverteilung bei Mehrfachpflege nach § 166 Abs. 2 Satz 2 SGB VI.

Gründe für die Abgabe des Vorgangs an den Rentenversicherungsträger:

.....

Mit freundlichen Grüßen